

**Bachelor** – 1. *Begriff*: Bachelor bezeichnet den untersten akademischen Grad (undergraduate). Wird im Zusammenhang mit dem → Bologna-Prozess in Deutschland und anderen europäischen Ländern eingeführt; bes. in englischsprachigen Staaten verbreitet. – 2. *Merkmale*: Ein Bachelorstudiengang dauert i.d.R. drei bis vier Jahre, d.h. sechs bis acht Semester, und gilt als berufsqualifizierender Abschluss. Je nach Angebot der Universität können Ein- oder Mehr-Fach-Studiengänge absolviert werden. Ein Masterstudium (→ Master) kann Weiterführung sein. – 3. *Mögliche Bachelorabschlüsse*: Bachelor of Arts (B.A.), Bachelor of Engineering (B.Eng.), Bachelor of Laws (LL.B.) und Bachelor of Science (B.Sc.).

**Backstop-Ressource** → Backstop-Technologie.

**Backstop-Technologie** – Die erschöpfliche Ressource wird durch eine in unbegrenzter Menge zur Verfügung stehende Ressource (Backstop-Ressource) substituiert. – *Beispiele*: Nutzung von Sonnenenergie und Kernfusion. In der Modellbildung der Umwelt- und Ressourcenökonomik beeinflusst die Berücksichtigung von Backstop-Technologien den gleichgewichtigen und optimalen → Abbaupfad erschöpflicher Ressourcen.

**Backwash-Effekt** – zentrierter Vorgang, bei dem periphere oder ländliche Räume zugunsten der Zentren → Ressourcen abgeben. Backwash-Effekte können sich im Rahmen einer globalen, wie einer staatlichen oder regionalen Betrachtung einstellen. – Vgl. auch → Kontereffekt, Entzugseffekt.

**BAföG** – Abk. für *Bundesausbildungsförderungsgesetz*; vgl. → Ausbildungsförderung.

**BAG** – 1. Abk. für *Bundesarbeitsgericht*. – 2. Abk. für → Bundesamt für Güterverkehr.

**Bahnfrachtgeschäft** – Beförderung von Gütern im Bahnverkehr. Durch den Frachtvertrag ist der Frachtführer dazu verpflichtet, das Gut zum Bestimmungsort zu befördern und dort an den Empfänger auszuliefern. Der Absender wird verpflichtet, eine vereinbarte Fracht zu zahlen. Statt des bisherigen Formal-/Realvertrages, nach dem der Abschluss des Frachtvertrages mit der Annahme des Gutes und des zugehörigen Frachtbriefes durch die Bahn gegeben war, gilt nunmehr der Konsensualvertrag, nach dem Absender und Bahn übereinstimmende Willenserklärungen abgeben. Seit dem 1.7.1998 gilt die → Eisenbahn-Verkehrsordnung (EVO) nicht mehr für den Güterverkehr. Das → Übereinkommen über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF) gilt bei Frachtverkehr mit durchgehenden Frachtbriefen zwingend.

**Bahnreform** → Deutsche Bahn AG (DB).

**Baker-Plan** – vom Finanzminister der USA J. Baker auf der Weltwährungskonferenz im Oktober 1985 in Seoul vorgeschlagenes Lösungsmodell für die internationale Schuldenkrise (→ Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer). Durch Strukturreformen nach marktwirtschaftlichen Prinzipien sollten die Entwicklungsländer aus der Schuldenkrise herauswachsen, wozu zusätzliche öffentliche und private Kredite geplant waren. Nachfolge des Baker-Plans war die → Brady-Initiative.

**Bank des Staates** – Die → Deutsche Bundesbank kann als Hausbank des Bundes und – eingeschränkt – der Bundesländer bezeichnet werden. Die öffentliche Hand nutzt die Zentralbank für ihren Zahlungsverkehr, allerdings ab Anfang des Jahres 1994 ohne jede Überziehungsmöglichkeit (Verbot von Kassenkrediten der Bundesbank an den Staat durch den Europäischen Einigungsvertrag). Die meisten der vom Bund begebenen Schuldtitel werden durch oder unter Mitwirkung (Ausschreibung und Abwicklung) der Bundesbank verkauft.

**Bankenaufsicht (BA)** – 1. *Begriff*: Überwachung der Geschäftstätigkeit von Kreditinstituten durch öffentliche Institutionen. – 2. *Ziel*: Ziel der Bankenaufsicht ist es, ein funktionsfähiges Banken- und Finanzsystem zu gewährleisten. Die Aufsicht der Banken soll dazu führen, dass dieses System effizient und stabil bleibt und seine gesamtwirtschaftliche Funktion erfüllen kann. – 3. *Gesetzliche Grundlage*: Die zentrale gesetzliche Grundlage zur Bankenaufsicht in Deutschland stellt das Kreditwesengesetz (KWG) dar. Hierin enthalten sind die wichtigsten Regeln für Kreditinstitute, die allesamt das Ziel verfolgen, möglichen Missständen im Kreditwesen entgegenzuwirken. § 6 KWG fasst hierunter alle Sachverhalte zusammen, die die Sicherheit der den Instituten anvertrauten Vermögenswerte gefährden, die ordnungsmäßige Durchführung der Bankgeschäfte oder → Finanzdienstleistungen beeinträchtigen oder erhebliche Nachteile für die Gesamtwirtschaft herbeiführen können. Eine Vielzahl von Vorschriften des KWG zielt v.a. darauf ab, Kundeneinlagen zu sichern, indem die Risiken, die Banken eingehen können (Ausfallrisiken, Liquiditätsrisiken, Preisrisiken, operationelle Risiken) limitiert werden. Aufgabe der Bankenaufsicht ist jedoch nicht die Verhinderung einer Bankeninsolvenz in jedem Fall. Zur Gewährleistung der Sicherheit von Kundeneinlagen besteht hierfür zusätzlich ein gesetzlich verankertes System der Einlagensicherung. Parallel hierzu existieren freiwillige, ergänzende Einlagensicherungssysteme der einzelnen Bankengruppen. – 4. *Historische Entwicklung*:

Historisch betrachtet ist die Entwicklung der Bankenaufsicht in Deutschland eng mit den Geschehnissen von großen Bankenpleiten verknüpft. Im Jahre 1931 wurde die erste allg. Bankenaufsicht per Notverordnung als Reaktion auf die Schieflage der Danatbank erlassen. Unter dem Eindruck der Herstatt-Pleite im Jahre 1974 wurden zahlreiche Vorschriften ergänzt oder verschärft. Nach weiteren Änderungen zur Harmonisierung der europäischen Bankennormen in den 1980er-Jahren gehen die wesentlichen Impulse zur Fortentwicklung der Bankenaufsicht mittlerweile vom Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht aus. Zentrale Regelungen des Baseler Ausschusses waren die „Internationale Konvergenz der Eigenkapitalbemessung und Eigenkapitalanforderungen“ (Basel II), die Solvabilitätsverordnung (SolvV) und die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Jüngste Übereinkunft des Ausschusses ist das als Reaktion auf die Ereignisse der Finanzmarktkrise im Jahre 2010 beschlossene Reformpaket „Basel III“, welches verschärfte Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften für Banken zur Folge haben wird. – 5. *Funktionsweise der Bankenaufsicht in Deutschland:* a) *Aufgabenteilung:* Zwei Institutionen teilen sich in Deutschland die Aufgaben der Bankenaufsicht: Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) ist laut § 6 I KWG die zuständige Verwaltungsbehörde, die die Aufsicht über die Institute nach den Vorschriften des KWG ausübt. Als weitere Institution agiert die → Deutsche Bundesbank. § 7 I KWG regelt die Zusammenarbeit zwischen BaFin und Bundesbank bei der laufenden Überwachung der Institute. b) *Erlaubniserteilung:* Die Erlaubniserteilung zur Betreibung von Bankgeschäften stellt den ersten Schritt zur Beaufsichtigung von Kreditinstituten dar. Erforderlich ist zunächst eine schriftliche Erlaubnis der BaFin (§§ 32, 33 KWG). So ist bspw. der Nachweis eines bestimmten Mindestanfangskapitals erforderlich. Weiterhin muss es u.a. mindestens zwei Geschäftsleiter geben, deren fachliche und charakterliche Eignung nachgewiesen ist. c) *Laufende Aufsicht:* Im Rahmen der anschließenden laufenden Aufsicht wertet die Deutsche Bundesbank die von den Banken regelmäßig einzureichenden Meldungen und Berichte aus. Hierbei werden insbesondere die Angemessenheit der Eigenmittelausstattung (§ 10 KWG), der Liquiditätsausstattung (§ 11 KWG) und der eingesetzten Risikosteuerungsverfahren geprüft und beurteilt. Als wesentliche Informationsquelle verwendet die Bankenaufsicht bspw. Jahresabschlüsse, Prüfungsberichte, monatlich durch die Institute einzureichende Kurzbilanzen (Monatsausweise) und Meldungen über vergebene Groß- und Millionenkredite. Ebenso finden angekündigte wie auch unangekündigte Sonderprüfungen vor Ort statt. Eine zunehmende Bedeutung haben die Überprüfungen der Einhaltung der MaRisk (Angemessenheit der Risikomanagementsysteme). d) *Eingriffsmöglichkeiten:* Im Falle von festgestellten Verstößen gegen Normen des KWG verfügt die BaFin über zahlreiche und weitgehende

Eingriffsmöglichkeiten in den Geschäftsbetrieb eines Institutes. Insbesondere bei drohender Insolvenz und Gefährdung von Einlagen reicht dieses Spektrum von Fristsetzungen zur Normerfüllung bis zur Schließung des betroffenen Institutes. Im Falle von wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die mehrere oder alle Kreditinstitute betreffen (v.a. wenn schwerwiegende Gefahren für die Gesamtwirtschaft zu befürchten sind) kann die Bundesregierung per Rechtsverordnung ein allg. Moratorium für die Verbindlichkeiten der Institute erlassen sowie Kreditinstitute für den Verkehr mit der Kundschaft vorübergehend schließen (§ 47 KWG).

**Bankengeld** → Sichteinlagen; → Giralgeld. – *Gegenteil:* Banknoten.

**Bankengesetzgebung** – Gesamtheit der Normativbestimmungen und Beaufsichtigungsvorschriften für die Kreditwirtschaft. – *Ziele:* a) Sicherung der Kunden vor Schäden, b) Schutz der Gesamtheit gegenüber Funktionsstörungen im Bankwesen, c) wirtschaftspolitische Beeinflussung der Kreditfunktionen der Banken. – *Bankengesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland:* Ein umfassendes Bankgesetzbuch ist nicht vorhanden. Bedeutendste gesetzliche Normen für die Kreditwirtschaft sind heute (1) die Regelungen des EG-Vertrags über das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) und die → Europäische Zentralbank (EZB) in den Art. 105 ff. EGV mit der Aufgabe, die Geldpolitik der Gemeinschaft festzulegen und auszuführen, Devisengeschäfte durchzuführen, inoffizielle Währungsreserven der Mitgliedsstaaten zu halten und reibungslose Interaktionen der Zahlungssysteme zu fördern; (2) das Gesetz über die Deutsche Bundesbank – → Bundesbankgesetz (BBankG) – i.d.F. vom 22.10.1992 (BGBl. I 1782) m.spät.Änd., das der → Deutschen Bundesbank die Aufgabe zuweist, als integraler Bestandteil des ESZB für die bankmäßige Abwicklung des Zahlungsverkehrs im Inland und mit dem Ausland zu sorgen (§ 3 BBankG); (3) das Kreditwesengesetz (KWG) als rechtlicher Rahmen für eine dem Einzelbetrieb zugewandte Bankenaufsicht. Daneben besteht eine Fülle von Sondervorschriften für verschiedene Rechtsformen (Sparkassengesetze der Länder, Pfandbriefgesetz (PfandBG), Investmentgesetz (InvG), (Gesetz über Bausparkassen) und spezifische Geschäftsarten (Depotgesetz (DepotG), Börsengesetz (BörsG)), Wertpapierhandelsgesetz (WpHG).

**Bank für International Settlement (BIS)** → BIZ.

**Bank für Internationalen Zahlungsausgleich** → BIZ.

**Bankwochenstichtage** – 7., 15., 23. und letzter Tag eines Monats. Zur Vereinfachung werden einige bankstatistische Angaben – z.B. die reservepflichtigen Verbindlichkeiten – in Deutschland nicht für jeden Geschäftstag, sondern nur für die Bankwochenstichtage ausgewiesen.

**Bargeldumlauf** – Umlauf von Banknoten (→ Notenumlauf) und Münzen (→ Münzumlauf) in einem Land (zu einem bestimmten Stichtag, einer bestimmten Bilanzrechnung, bzw. Bestandsgröße).

**Barreserve** – Kassenbestände der Kreditinstitute einschließlich konvertibler ausländischer Zahlungsmittel sowie → Sichteinlagen der Kreditinstitute bei einer Zentralbank. – Vgl. auch → Mindestreserve, freie Reserven, → Überschussreserve.

**BBankG** – Abk. für *Gesetz über die Deutsche Bundesbank* (→ Bundesbankgesetz).

**Bedarfsgerechtigkeit** → Bedarfsprinzip, → Verteilungsgerechtigkeit, Sozialpolitik in der Marktwirtschaft.

**Bedarfsmarktkonzept** → relevanter Markt.

**Bedarfsprinzip** – Leitbild für eine → gerechte Einkommensverteilung, wonach die Verteilung der Einkommen am individuellen Bedarf bzw. an individueller Bedürftigkeit orientiert werden soll. Das Bedarfsprinzip gilt als eine die Marktverteilung korrigierende Verteilungsnorm und kommt u.a. in weiten Teilen der Sozialgesetzgebung zum Ausdruck. – Vgl. auch → Verteilungsgerechtigkeit.

**Bedienungspflicht** → Betriebspflicht.

**Beförderung** – *Transport*; die durchgeführte Ortsveränderung von Personen und Sachen. – Vgl. auch → Verkehr.

**Beförderungsgeschäfte** – *Transportgeschäfte, Verkehrsgeschäfte*; Geschäfte, die der Beförderung von Gütern oder Personen gegen Entgelt dienen. Beförderungsgeschäfte sind rechtlich Werkverträge (§§ 631–650 BGB), da sie den Erfolg der Beförderung, nämlich die Herbeiführung einer Ortsveränderung, zum Inhalt haben. Für die einzelnen Beförderungsgeschäfte meist Sonderrecht. – Zahlreiche Beförderungsgeschäfte sind *Grundhandelsgeschäfte*, z.B. alle Beförderungsgeschäfte zur See, die Beförderungsgeschäfte der → Frachtführer, der zur Personenbeförderung zu Lande oder auf Binnengewässern bestimmten Anstalten und der Schleppschiffahrtsunternehmer (§ 1 II 5 HGB). – Das Verkehrsgewerbe ist gewerbepolizeilich, verkehrswirtschaftlich und verkehrsgeschäftlich *bes. geregelt*.

**Beförderungspflicht** – *gemeinwirtschaftliche Auflage im Verkehr* (→ Gemeinwirtschaftlichkeit im Verkehr), bedeutet für die betroffenen Verkehrsunternehmen Kontrahierungszwang, d.h. Verpflichtung des Verkehrsunternehmens, einen Auftrag zum Transport von Personen, dann anzunehmen, wenn die Beförderung mit normalen Verkehrsmitteln durchgeführt werden kann. Als Folge der Beförderungspflicht können die Verkehrsunternehmen einzelne unrentable Beförderungen grundsätzlich nicht ablehnen. – Beförderungspflicht gilt für die → Deutsche Bahn AG (DB) im Personenverkehr, für Teile des

öffentlichen Straßenpersonenverkehrs und des Fluglinienverkehrs.

**Beförderungsvertrag** – Werkverträge nach den §§ 631 ff. BGB. Insofern spielt es grundsätzlich keine Rolle, um welches Beförderungsmittel es sich handelt (Flugzeug, Bahn, Bus, Schiff, Taxi, Ski-Lift etc.). Zu beachten sind die Sonderbestimmungen v.a. im Haftungsbereich für die einzelnen Beförderungsarten. Zur Luftbeförderung vgl. für nationale Flüge Luftverkehrsgesetz (LuftVG), für internationale Flüge vgl. das Warschauer Abkommen bzw. Montrealer Übereinkommen (MontÜbk) (in Kraft: 4.11.2003), für die Personen- und Gepäckbeförderung auf Schiffen das Binnenschiffahrtsgesetz (BinSchG) sowie für die Beförderung auf See die §§ 664 ff. HGB (Umsetzung des Athener Übereinkommens für Personen- und Gepäckbeförderung zur See in nationales Recht), für die Beförderung mit Omnibussen das Personenbeförderungsgesetz (PBefG) sowie internationale Übereinkommen (EG-Verordnungen), für die Bahn neben den §§ 631 ff. BGB die → Eisenbahn-Verkehrsordnung (EVO), das Haftpflichtgesetz (HPfG) und bei internationalen Bahnbeförderungen das → Übereinkommen über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF). Die genannten Bestimmungen sehen v.a. im Haftungsbereich Obergrenzen für die Haftung u.a. bei Körper- und Sachschäden vor. Reiseveranstalter können sich bei Pauschalreisen auf diese Haftungsbestimmungen ebenfalls nach § 651h II BGB berufen.

**Begleitpapiere** – beim Frachtgeschäft die zur Erfüllung der Zoll-, Steuer- und sonstigen Verwaltungsvorschriften vor Ablieferung des Guts an den Empfänger erforderlichen Papiere. Begleitpapiere sind im Frachtbrief zu bezeichnen. Soweit nicht den → Frachtführer Verschulden trifft, *haftet* der Absender für alle aus dem Mangel der Unzulänglichkeit oder Unrichtigkeit der Begleitpapiere entstehenden Folgen (§§ 426 f. HGB, § 65 EVO).

**begrenzte Rationalität** – ökonomische Rationalität.

**Behinderungsmissbrauch** – liegt vor, wenn ein marktbeherrschendes Unternehmen im Sinne der §§ 18, 19 GWB bzw. von Art. 102 AEUV die Wettbewerbsmöglichkeiten dritter Unternehmen wesentlich beeinträchtigt. Dabei wirft die Abgrenzung zwischen einem erwünschten dynamischen Unternehmervverhalten und einem Missbrauch erhebliche Abgrenzungs- und Beweiswürdigungsprobleme auf. – *Problem*: Ähnlich wie bei dem → Ausbeutungsmissbrauch ist die Aufsicht über Behinderungsmissbrauch nicht ursachendäquat, da die Marktmacht als Ursache für den Missbrauch durch eine von den Kartellbehörden erzwungene Korrektur des Marktverhaltens nicht beseitigt wird.

**Behörde** – 1. *Begriff*: staatliche Organisationseinheit, die auf gesetzlicher Grundlage in das Gefüge der äußeren Verfassung des Staates eingegliedert ist. Behörden sind Träger öffentlicher Rechte; sie haben mit staatlicher Autorität alle Angelegenheiten des Staates

wahrzunehmen. Die in Behörden beschäftigten Personen können Beamte sein oder Angestellte und Arbeiter des öffentlichen Dienstes. – 2. *Einteilung der Behörden*: (1) *oberste Bundesbehörden* (z.B. Bundesministerium, Bundeskanzleramt, Bundesrechnungshof); (2) *Bundesoberbehörden und obere Bundesbehörden* (z.B. Bundeskriminalamt); (3) *nachgeordnete mittlere Behörden* (Oberfinanzdirektion etc.); (4) *untere Behörden* (Kreiswehrratsämter, Wasser- und Schifffahrtsämter etc.). – 3. *Einflüsse staatlicher Ausführungsorgane*: Das Verhalten staatlicher Behörden wird von der → ökonomischen Theorie der Bürokratie erklärt. Da Behörden (im statischen Modell) zum Budgetausgleich verpflichtet sind, haben sie kein Gewinnziel. Stattdessen strebt die Bürokratie nach der Maximierung ihres diskretionären Budgets bzw. ihrer Mitarbeiterzahl, da von deren Höhe Prestige, Macht und oft auch das Einkommen der Behördenleiter abhängen. Konsequenzen ergeben sich daraus für das Angebot staatlich produzierter Güter, das gegenüber privater Produktion zu hoch ausfällt und zu arbeitsintensiv hergestellt wird. Des Weiteren nutzt die Bürokratie ihren Informationsvorsprung gegenüber den Politikern auch bei der Formulierung politischer Themen aus (Prinzipal-Agent-Beziehung). Diese werden so gestellt, dass das zu erwartende politische Gleichgewicht mit einem möglichst großen Staatsanteil am Nationaleinkommen verbunden ist.

**Beihilfe** – an Beamte, Richter, teilweise auch an Angestellte und Arbeiter des Bundes, der Länder, der Gemeinden, Körperschaften und Stiftungen des öffentlichen Rechts in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen sowie für Aufwendungen bei Maßnahmen zur Früherkennung von Krankheiten und bei Schutzimpfungen gewährte Geldzahlung. Anspruchsberechtigt sind auch die Ehegatten, Kinder und Versorgungsempfänger. – *Gesetzliche Grundlage*: für die beamtenrechtliche Beihilfe die Fürsorgepflicht des Dienstherrn (§ 45 Beamtenstatusgesetz); genauere Ausgestaltung für den Bund in den Beihilfevorschriften des Bundes sowie Beihilfeverordnungen auf Landesebene. – *Höhe* (im Bund und in den Ländern teilweise unterschiedlich geregelt): Für Unverheiratete i.d.R. 50 Prozent, für Verheiratete 55 Prozent der beihilfefähigen (notwendigen) Aufwendungen. Die Sätze erhöhen sich für jedes Kind, für das Kindergeld zusteht, um 5 Prozent, höchstens jedoch auf 70 Prozent. Teilweise bestehen Höchstsätze wie z.B. bei Hilfsmitteln, Anstaltsunterbringung, Zahnersatz, Kur, Geburtsbeihilfe etc.

**Beihilfehöchstsätze** – maximaler → Subventionswert, den eine finanzielle Fördermaßnahme für gewerbliche Unternehmen (→ Wirtschaftsförderung) erreichen darf. Beihilfehöchstsätze können für einzelne Fördermaßnahmen festgelegt werden oder auch, bei Kumulierungsmöglichkeit verschiedener Maßnahmen, als Gesamthöchstsatz. Für die Praxis der Wirtschaftsförderung spielen heute v.a. neben Beihilfehöchstsätzen, die von Bundes- oder Landesregierungen vorgegeben werden, auch solche der EU,

die für alle Mitgliedsländer verbindlich sind, eine Rolle.

**Beinahe-Geld** → Geldsurrogate.

**Beitragsbemessungsgrenze** – Grenze, bis zu der eine sozialversicherungsrechtliche Heranziehung von Entgelt und Einkommen zur Erhebung von Beiträgen erfolgt. Die Beitragsbemessungsgrenze bestimmt zusammen mit der Geringfügigkeitsgrenze im Falle sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung das versicherungspflichtige Arbeitsentgelt. Sozialversicherte, die mehr als die jährlich vom Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung festgelegte Beitragsbemessungsgrenze verdienen, zahlen nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze Beiträge. Sie erwerben auch nur auf dieser Grundlage Leistungsansprüche. Die Beitragsbemessungsgrenze wird für jeden Versicherungszeitraum gesetzlich festgelegt; vgl. auch die Sozialversicherungs-Rechengrößenverordnung 2012 vom 2.12.2012 (BGBl. I 2421).

**Beitragsbezogenheit** – Die Beitragsbezogenheit der Leistungen des Arbeitslosengeldes I (Arbeitslosenversicherung) und der → Renten der → gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) an ihre Empfänger ergibt sich aus der Lohnbezogenheit dieser Leistungen, da die Beitragszahlungen auf einem für alle Versicherten geltenden einheitlichen, proportionalen Beitragsatz beruhen. Änderungen der Beitragssätze haben allerdings keinen Einfluss auf die Höhe der jeweiligen Leistungsansprüche. – Beitragsbezogenheit ist ein Instrument der Beitragsäquivalenz (→ Äquivalenzprinzip), des → Versicherungsprinzips und der Leistungsgerechtigkeit (→ Verteilungsgerechtigkeit).

**Beitragsfestsetzung** → soziale Sicherung, → Sozialversicherung.

**Beitragssohoheit** → soziale Sicherung, → Sozialversicherung.

**Benthamsche Nutzenfunktion** → utilitaristische Wohlfahrtsfunktion. Die Soziale Wohlfahrt  $U$  wird berechnet als Summe der individuellen Nutzenfunktionen. In einer Gesellschaft mit  $n$  Individuen gilt dabei:

$$U = f(u_1) + f(u_2) + \dots + f(u_{n-1}) + f(u_n).$$

**Benutzungszwang** – üblich Anschluss- und Benutzungszwang. Bei öffentlichem Bedürfnis kann durch kommunale Satzung für die Grundstücke des Gemeindegebietes der Anschluss an Wasserleitung, Kanalisation, Straßenreinigung, Fernheizung und ähnliche Einrichtungen und die Benutzung dieser Einrichtungen vorgeschrieben werden. (Dieses gilt z.B. für Schlachthöfe).

**Beratungsförderung** – Form der → Wirtschaftsförderung, durch die bestimmten Unternehmensgruppen (z.B. kleinen und mittleren Unternehmen, Existenzgründern) oder für bestimmte Investitionsvorhaben Unternehmensberatungsleistungen zur Verfügung gestellt werden. Die Leistungen können von Wirtschaftsfördergesellschaften, Organisationen

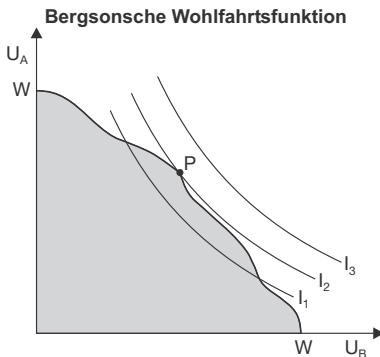
wie z.B. dem Rationalisierungskuratorium der dt. Wirtschaft e.V. (RKW) oder auch von privaten Unternehmensberatern erbracht werden. Sofern die Beratung für das Unternehmen nicht unentgeltlich ist, werden die Beratungskosten aus öffentlichen Mitteln (teilweise) erstattet.

**bereinigte Lohnquote** – um den Wandel der Erwerbstätigenstruktur korrigierte → Lohnquote. Im Gegensatz zur Berechnung der Lohnquote wird bei der Ermittlung der bereinigten Lohnquote die Arbeitnehmerquote eines Basisjahres  $t = 0$  konstant gehalten, sodass Aussagen bezüglich der Entwicklung der Lohnquote im Zeitverlauf nicht durch Veränderungen der Erwerbstätigenstruktur verzerrt werden. Die bereinigte Lohnquote ergibt sich durch Multiplikation der → Arbeitseinkommensquote mit der Arbeitnehmerquote im Basisjahr  $t = 0$ . Es gilt:

$$LQ^b_t = \left(\frac{\frac{A}{E}}{\frac{A}{E}}\right)_t \cdot \left(\frac{W}{Y}\right)_t = \left(\frac{W}{A}\right)_t \cdot \left(\frac{A}{E}\right)_0 = AEQ_t \cdot \left(\frac{A}{E}\right)_0$$

wobei  $LQ^b$ : bereinigte Lohnquote, W: Löhne, A: Anzahl der Arbeitnehmer, E: Anzahl der Erwerbstätigen, W/Y: Lohnquote. – Da die Erwerbstätigenstruktur in den letzten Jahrzehnten im Vergleich zu früheren Perioden relativ stabil geblieben ist, hat die bereinigte Lohnquote in empirischen Untersuchungen an Bedeutung verloren.

**Bergsonische Wohlfahrtsfunktion** – 1. *Begriff*: Von Bergson entwickelte → Wohlfahrtsfunktion. Für  $n$  Gesellschaftsmitglieder mit  $n$  individuellen Nutzenfunktionen  $u_i$  lautet die gesellschaftliche Nutzenfunktion:  $U = f(u_1, u_2, \dots, u_n)$ . – 2. *Herleitung*: Das Wohlfahrtsmaximum wird grafisch dadurch ermittelt, dass die Nutzenfunktion  $U$  in Form eines gesamtwirtschaftlichen Indifferenzkurvensystems in



WW = Wohlfahrtsgrenze  
 $U_A$  = Nutzen des A  
 $U_B$  = Nutzen des B  
 $I$  = Indifferenzkurven

das Diagramm der gesellschaftlichen → Wohlfahrts-grenze eingezeichnet wird (vgl. Abbildung → Bergsonische Wohlfahrtsfunktion). Der Tangentialpunkt P der Wohlfahrtsgrenze mit der Indifferenzkurve  $I_1$  der gesellschaftlichen Indifferenzkurvenschar stellt das Wohlfahrtsmaximum dar. – 3. *Erkenntnisziel*: Mit der Bergsonischen Wohlfahrtsfunktion soll das Problem gelöst werden, dass auf der → Kontraktkurve zwar ein → Wohlfahrtsoptimum jedoch kein optimum optimum definiert werden kann, da eine Bewegung entlang der Kurve unter pareto-optimalen Bedingungen nicht möglich ist. – 4. *Anwendungen*: Ein Anwendungsbeispiel ist die im Rahmen der Allokationstheorie (Allokation) zu bestimmende Größe des öffentlichen Sektors bzw. die Entscheidung zwischen der Produktion privater und öffentlicher Güter (v.a. Samuelson und Musgrave).

**Berichtsheft** – vom → Auszubildenden zu führen- der Ausbildungs- oder Tätigkeitsnachweis, sofern dies in der → Ausbildungsordnung verlangt wird. Im Berichtsheft sind stichwortartig mind. wöchentlich die vermittelten Kenntnisse und Fähigkeiten bzw. die ausgeführten Tätigkeiten aufzuführen und durch die an der Ausbildung beteiligten Personen monatlich prüfen und abzeichnen zu lassen. Vorlage des Berichtshefts ist ggf. eine Zulassungsvoraussetzung für die Ausbildungsabschlussprüfung (§ 43 I Nr.2 BBiG bzw. § 36 I Nr.2 HandwO).

**Bernoulli-Nash-Wohlfahrtsfunktion** – Wohlfahrtsfunktion, die aus dem Produkt der (je nach gesellschaftspolitischen Ziel) gewichteten Individualnutzen gebildet wird:  $U = g_1 \cdot u_1 \cdot g_2 \cdot u_2 \cdot \dots \cdot g_n \cdot u_n$ . Die Bernoulli-Nash-Wohlfahrtsfunktion wird im Rahmen der → Wohlfahrtsökonomik verwendet und trägt der Möglichkeit Rechnung, dass die bei der Ermittlung der gesellschaftlichen Wohlfahrt berücksichtigten individuellen Nutzen nicht autonom sind.

**berufliche Bildung** → Berufsbildung.

**berufliche Fortbildung** – 1. *Begriff*: Nach § 1 III BBiG soll die berufliche Fortbildung dem einzelnen die Möglichkeit eröffnen, seine beruflichen Kenntnisse und Fertigkeiten im bisherigen Berufsfeld zu erhalten und zu erweitern, um seine Qualifikation der technischen Entwicklung anzupassen (→ Anpassungsfortbildung) oder einen beruflichen Aufstieg zu ermöglichen (→ Aufstiegsfortbildung). Bei der beruflichen Fortbildung besteht ein Berufsbildungsverhältnis, jedoch kein Berufsausbildungsverhältnis. – 2. Als Grundlage für eine geordnete und einheitliche berufliche Fortbildung sowie zu ihrer Anpassung an die technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfordernisse und deren Entwicklung können durch Rechtsverordnung bestimmt werden: Inhalt, Ziel, Prüfungsanforderungen, Prüfungsverfahren sowie Zulassungsvoraussetzungen und Bezeichnung des Abschlusses. – 3. *Formen*: Die berufliche Fortbildung kann im Rahmen eines bestehenden Arbeitsverhältnisses im gegenseitigen Interesse von Arbeitgeber

und Arbeitnehmer erfolgen. Sie kann innerhalb des Betriebes oder durch außerbetriebliche Fortbildungseinrichtungen durchgeführt werden oder auch durch Fernunterricht. – 4. Die *Kosten* der beruflichen Fortbildung trägt bei arbeitgeberinitiiertem Fortbildung i.d.R. der Arbeitgeber (Ausbildungsbeihilfe), bei eigeninitiiertem Fortbildung dagegen weitgehend der Arbeitnehmer. – Vgl. auch → berufliche Weiterbildung.

**berufliche Rehabilitation** – Maßnahmen zur (Wieder-)Eingliederung behinderter Menschen (→ Rehabilitation) in das Erwerbsleben (§§ 33 ff. SGB IX). Voraussetzung ist eine unfall- oder krankheitsbedingte Beeinträchtigung der Berufs- oder Ausbildungsfähigkeit, die eine bes. Hilfe zur dauerhaften Eingliederung in Arbeit und Beruf erforderlich macht. Diese erfolgt unter Einbeziehung sozialer, psychologischer und medizinischer Maßnahmen hauptsächlich als berufliche Erstausbildung behinderter Jugendlicher in Berufsbildungswerken und als → berufliche Fortbildung oder berufliche Umschulung behinderter Erwachsener in Berufsförderungswerken. Körperlich, geistig oder seelisch behinderte Menschen können auch außerhalb der Ausbildungsordnungen anerkannter Ausbildungsberufe ausgebildet werden, um die bes. Verhältnisse dieser Personengruppe zu berücksichtigen (§ 48 I BBiG). Behinderte Menschen können eine individuelle Förderung gemäß der §§ 112 ff. SGB III durch die → Bundesagentur für Arbeit sowie gemäß der §§ 35 ff. SGB IX erhalten.

**berufliches Bildungswesen** → Berufsbildungssystem, → Berufsausbildung, Berufsschule.

**berufliches Gymnasium** → Fachgymnasium.

**berufliche Weiterbildung** – I. Definition: Berufliche Weiterbildung dient einerseits dem Ziel, aufbauend auf der Ausbildung, einer Erwerbsperson neue Qualifikationen zu vermitteln oder alte zu erhalten und aufzufrischen, um so nachhaltig die Beschäftigungschancen sicherzustellen und ein selbständiges Agieren auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Andererseits zielt sie auf die Sicherstellung des qualitativen und quantitativen Arbeitskräftebedarfs der Betriebe oder der gesamten Volkswirtschaft. Das Lernen in der beruflichen Weiterbildung kann entweder formal in Weiterbildungseinrichtungen, nicht-formal, etwa am Arbeitsplatz, oder informell (Alltags- und Erfahrungslernen) erfolgen. Dabei wird es in Zukunft für alle Beteiligten verstärkt darauf ankommen, eine kontinuierliche Weiterbildung sicherzustellen und lebenslanges Lernen zur Selbstverständlichkeit werden zu lassen. Dabei kommt es zu einer zunehmenden Verschränkung von Aus- und Weiterbildungsaktivitäten, sodass in Zukunft eine Abgrenzung zum Erstausbildungssystem wie auch zum tertiären Bildungsbereich (Hochschulen, Berufsakademien, etc.) immer schwieriger wird. Gleichzeitig wird auch die in der Vergangenheit geprägte Unterscheidung zwischen beruflicher und allg. Weiterbildung (Erwachsenenbildung, politische Bildung) schwieriger. Im Rahmen

einer zunehmenden Globalisierung und Flexibilisierung der Arbeitswelt werden vermehrt berufsübergreifende und soziale Kompetenzen, wie etwa Schlüsselqualifikationen, Lernen lernen und Teamfähigkeit, benötigt. Diese werden häufig auch in allen Arten von allg. Weiterbildungsmaßnahmen vermittelt und trainiert, sodass eine systematische Trennung zunehmend künstlich wird.

II. Kosten und Erträge der beruflichen Weiterbildung: Obwohl man sowohl aus individueller als auch aus betrieblicher Perspektive geneigt ist, die Kosten der Weiterbildung in den Vordergrund zu stellen, da sie entweder auf dem Privatkonto oder im betrieblichen Rechnungswesen direkt sichtbar werden, darf aus ökonomischer Perspektive nicht übersehen werden, dass den Kosten einer beruflichen Weiterbildung in der Zukunft Erträge gegenüberstehen. Berufliche Weiterbildungen sind insofern als Investitionen (in Humankapital) zu interpretieren, die grundsätzlich nach den gleichen Investitionskalkülen wie Sachkapitalinvestitionen zu beurteilen sind (→ Humankapitaltheorien). – Die entscheidende Frage bei Humankapitalinvestitionen ist aber, wem die Erträge einer beruflichen Weiterbildung zufallen. Bei den vermehrt benötigten berufsübergreifenden Qualifikationen handelt es sich meist um marktfähige, in vielen Unternehmen einsetzbare, allg. Qualifikationen. Die resultierenden Erträge fallen in Form von höherem Einkommen oder besseren Karriereaussichten schwerpunktmäßig den Arbeitnehmern zu, dementsprechend müssten von diesen auch die Kosten getragen werden. Umfasst die berufliche Weiterbildungsmaßnahme eher betriebs- und tätigkeitsspezifische Qualifikationen, können Unternehmen (über höhere Produktivität) und Arbeitnehmer in gleichem Maße profitieren. Analog zur Abschöpfung der Erträge müssten dementsprechend auch die Kosten aufgeteilt werden, indem die Unternehmen z.B. die direkten Kosten der Weiterbildung (Lehrgangskosten, Sach- und Overheadkosten) aber auch indirekte Kosten wie Lohnfortzahlung für in Weiterbildung befindliche Mitarbeiter übernehmen, und die Arbeitnehmer zumindest einen Teil ihrer Freizeit opfern (Opportunitätskosten). Da Weiterbildung aber nicht nur individuelle Erträge, sondern über externe Effekte auch wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftliche Erträge mit sich bringt, beteiligt sich darüber hinaus der Staat über Steuererleichterungen etc. in nicht unerheblichem Ausmaß an den Weiterbildungsaufwendungen von Unternehmen und Arbeitnehmern. Außerdem gewährt er finanzielle Unterstützung z.B. im Rahmen von Arbeitsförderungsmaßnahmen, weil Individuen (oder Betriebe) aufgrund von Liquiditätsproblemen an Weiterbildungsinvestitionen gehindert werden.

III. Herausforderungen der beruflichen Weiterbildung: Die berufliche Weiterbildung sieht sich in den kommenden Jahren zahlreichen Problemen und Herausforderungen gegenüber. Die fortschreitende



Globalisierung zwingt die Unternehmen zu innovativen Produkten und führt bei gleichzeitig zunehmender Informatisierung zu einer Erhöhung der Wissensintensität in den Produktionsprozessen. Die Herstellung neuer innovativer Produkte verlangt ebenso zusätzliche Qualifikationen der Mitarbeiter wie zunehmend abstrakter und komplexer werdende beschleunigte Entscheidungs- und Ablaufprozesse. Die durch möglichen Kostendruck entstehende Verringerung des Mitarbeiterstammes führt ebenfalls zu höheren Anforderungen an die Belegschaft. Der Bedarf an beruflicher Weiterbildung wird dadurch generell ansteigen. – Da in den kommenden Jahren die dt. Erwerbsbevölkerung aufgrund der demografischen Entwicklung schrumpft, wird sich darüber hinaus der Mangel an Fachkräften verschärfen. Außerdem wird der Pool an qualifizierten Nachwuchskräften dramatisch schrumpfen, sodass in Zukunft nicht mehr davon ausgegangen werden kann, dass der Fachkräftebedarf durch Einstellung von Arbeitsmarkteinsteigern gedeckt wird. Zur Sicherung und Erneuerung der Qualifikationsausstattung müssen deshalb zwingend bisher unzureichend genutzte Lern- und Leistungspotenziale v.a. älterer Arbeitnehmer und von Frauen mit Kindern zusätzlich erschlossen werden. Darüber hinaus müssen auch Erwerbspersonen mit Migrationshintergrund verstärkt in Weiterbildungsmaßnahmen einbezogen werden. – Schließlich wird sich die Art der vermittelten Qualifikationen zunehmend wandeln. Arbeit wird nicht nur wissensbasierter, sondern stellt auch zunehmend Anforderungen an theoretische und analytische Fähigkeiten. Neben rein berufs- und funktionsorientierten Qualifikationen treten daher zunehmend funktionsübergreifende Schlüsselqualifikationsanforderungen wie analytische Fähigkeiten, Kreativität, Teamfähigkeit, Selbststeuerungs- und Kommunikationsfähigkeit.

IV. Lösungsansätze: Die aufgezeigten Entwicklungen und Herausforderungen verlangen nach grundsätzlich modifizierten Strukturen der beruflichen Weiterbildung. Dies setzt neben einer soliden Finanzierung, Transparenz, Qualitätssicherung und auch Lernzeit voraus, sodass alle Beteiligten einerseits die Möglichkeit und andererseits einen klaren Anreiz zur Beteiligung an lebenslangem Lernen haben. So müssen Weiterbildungsangebote bspw. inhaltlich und zeitlich derart miteinander verknüpft sein, dass die Arbeitnehmer und Unternehmen daraus kontinuierliche, durchlässige und miteinander verzahnte Bildungsgänge erkennen und wahrnehmen können. Anerkannte Qualitätssicherungsinstitutionen müssen die fachliche und didaktische Qualität der Anbieter und die Transparenz von Zertifikaten hinsichtlich ihrer Verwertbarkeit sicherstellen. Außerdem müssen verstärkt auch im betrieblichen Arbeitsablauf erworbene Kenntnisse zertifiziert werden, um die Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit zu weiteren Bildungsmaßnahmen sicherzustellen. Aufgrund zunehmender Komplexität wird auch eine nachfragerfreundliche

Informations- und Beratungsinfrastruktur nötig, die Arbeitnehmern und Unternehmen neue Orientierungspunkte gibt.

**Berufsakademie** – Einrichtung des tertiären Bildungsbereichs außerhalb der Hochschule. Die für Abiturienten gedachten Ausbildungsgänge finden im Wechsel in betrieblichen Ausbildungsstätten und hochschulähnlichen Lehrinrichtungen (Studienakademien, Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien) statt und sind auf sechs Studiensemester angelegt. Die wissenschafts- und berufsorientierte Ausbildung führt zu einem dem Hochschulabschluss vergleichbaren Abschluss. – *Voraussetzung* für die Aufnahme an einer Staatlichen Berufsakademie (Modell Baden-Württemberg, Sachsen, Berlin u.a. Bundesländer) erfordert einen Vertrag zwischen Studierenden und Praxispartner. Es ist jedoch kein „→ Berufsausbildungsvertrag“ i.S.d. BBiG.

**Berufsaufbauschule** – berufsbildende Schulform für Jugendliche, die in der Berufsausbildung stehen oder eine solche abgeschlossen haben. Aufnahmevoraussetzung ist der Hauptschulabschluss und der mind. halbjährige, erfolgreiche Besuch der → Berufsschule im Rahmen einer Berufsausbildung. Die Berufsaufbauschule vermittelt eine über das Ziel der Berufsschule hinausgehende allg. und fachtheoretische Bildung. – *Unterrichtsvarianten:* (1) *Berufsaufbauschule in Vollzeitform*, die von Schülern mit abgeschlossener Berufsausbildung (oder mehrjähriger Berufspraxis) über zwei bis drei Halbjahre mit durchschnittlich 34 Wochenstunden besucht wird; (2) *Berufsaufbauschule in Teilzeitform*, die parallel zur dualen Berufsbildung oder zur Berufstätigkeit über sechs bis sieben Halbjahre mit elf bis zwölf Wochenstunden im Abendunterricht besucht wird; (3) *kombinierte Berufsaufbauschule*, in der einem Vollzeitblock Teilzeitunterricht folgt und umgekehrt. – *Abschluss:* Der erfolgreiche Abschluss der Berufsaufbauschule führt zu einem dem Realschulabschluss gleichwertigen, allg. Bildungsabschluss.

**Berufsausbildung** – Ausbildung in einem staatlich → anerkannten Ausbildungsberuf. Die Berufsausbildung hat die für die Ausübung einer qualifizierten beruflichen Tätigkeit in einer sich wandelnden Arbeitswelt notwendigen beruflichen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten (berufliche Handlungsfähigkeit) in einem geordneten Ausbildungsgang zu vermitteln. Sie hat ferner den Erwerb der erforderlichen Berufserfahrungen zu ermöglichen (§ 1 III BBiG). Die Berufsausbildung vollzieht sich überwiegend im dualen System (→ duale Berufsausbildung) und den Vollzeitberufsschulen (→ Berufsschule). – Vgl. auch Berufsausbildungsverhältnis, → Berufsbildung, → Berufsbildungssystem, → betriebliche Ausbildung.

**Berufsausbildungsförderung** → Ausbildungsförderung.

**Berufsausbildungsvertrag** – 1. *Begriff*: Vertrag zwischen → Ausbildendem und → Auszubildendem, der ein Berufsausbildungsverhältnis begründet (§ 10 BBiG). Bei Vertragsabschluss mit einem Minderjährigen ist die Zustimmung des gesetzlichen Vertreters erforderlich. Die Vertragsvereinbarungen sind vom Ausbildenden schriftlich niederzulegen und vom Ausbildenden, dem Auszubildenden bzw. seinem gesetzlichen Vertreter zu unterzeichnen. – 2. *Mindestangaben*: Art, sachliche und zeitliche Gliederung sowie Ziel der Berufsausbildung, Beginn und Dauer der Berufsausbildung, Ausbildungsmaßnahmen außerhalb der Ausbildungsstätte, Dauer der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit, Dauer der Probezeit, Zahlung und Höhe der Vergütung, Dauer des Urlaubs, Voraussetzungen für eine Kündigung. – 3. *Nichtig* (§12 BBiG): (1) Vereinbarungen, die den Auszubildenden nach Beendigung des Berufsausbildungsverhältnisses in der Ausübung seiner beruflichen Tätigkeit beschränken (dies gilt nicht, wenn sich Auszubildende innerhalb der letzten sechs Monaten der Berufsausbildung verpflichten, nach deren Abschluss ein Arbeitsverhältnis mit den Ausbildenden einzugehen); (2) die Verpflichtung des Auszubildenden, für die Berufsausbildung eine Entschädigung zu zahlen; (3) Vertragsstrafen; (4) Ausschluss oder Beschränkung von Schadensersatzansprüchen und die Festsetzung der Höhe eines Schadensersatzes in Pauschbeträgen.

**Berufsberatung** – 1. *Begriff*: Erteilung von Rat und Auskunft in Fragen der Berufswahl einschließlich des Berufswechsels; ergänzt durch Berufsaufklärung, Unterrichtung über die Förderung der beruflichen Bildung im Einzelfall und Vermittlung in berufliche Ausbildungsstellen (§§ 29 ff., 35 ff. SGB III). – 2. *Regelung*: Soweit die Berufsberatung Aufgabe der → Bundesagentur für Arbeit ist, erfolgt sie grundsätzlich unentgeltlich (§ 42 I SGB III). Die Beratung steht allen Ratsuchenden offen. Ähnlich wie im Fall der Ausbildungs- und → Arbeitsvermittlung (§§ 291 ff. SGB III) kann auch die Berufsberatung inzwischen durch Private erfolgen (§§ 288a ff. SGB III).

**berufsbildende Schulen** → Berufsbildungssystem, → Berufsschule.

**Berufsbildung** – 1. *Begriff*: Berufsbildung bezeichnet jenen Sektor des Bildungssystems, der auf die Vermittlung von → Qualifikationen und normativen Orientierungen für Berufstätigkeiten in abgegrenzten Funktions- und Positionsfeldern des Beschäftigungssystems gerichtet ist. Die heute übliche Verwendung des Begriffs schließt die akademischen Ausbildungsgänge aus. Berufsbildung erfolgt außerhalb des allgemeinbildenden Schulwesens an vielfältigen Einrichtungen des → Berufsbildungssystems, v.a. als → Berufsausbildung, als → berufliche Weiterbildung und in verschiedenen Schulformen des beruflichen Schulwesens. – 2. *Rechtliche Grundlagen*: → Berufsbildungsgesetz (BBiG) und Handwerksordnung (HwO) sowie Schulgesetze und Rechtsverordnungen

der einzelnen Bundesländer. – 3. *Ziel*: Entsprechend der berufsqualifikatorischen Funktion steht in den Organisationsformen der Berufsbildung die Vermittlung fachtheoretischer und fachpraktischer Inhalte im Vordergrund; sie werden in unterschiedlichem Maß durch Inhalte des allgemeinbildenden Fächerkanons ergänzt. – Wesentlich für den derzeitigen Status der Berufsbildung ist die Tatsache, dass ihre formalen Abschlüsse zwar prinzipiell den Zugang zu bestimmten Funktionen im Beschäftigungssystem eröffnen, sie jedoch traditionell nur in begrenztem Umfang Anschluss an das allg. Berechtigungswesen (allgemeinbildende Abschlüsse, bes. allg. Hochschulreife) ermöglichen. Soweit in den vergangenen Jahren die Gleichstellung beruflicher Abschlüsse mit Berechtigungen allgemeinbildender Schulen erreicht wurde, ließ sich dies nur über die verstärkte Aufnahme allgemeinbildender Fächer zulasten berufsbezogener Inhalte durchsetzen. Hintergrund dieser Problematik ist die traditionelle Diskreditierung der Berufsbildung gegenüber einer als zweckfreier Menschenbildung verstandenen „Allgemeinbildung“. – 4. Im Zusammenhang der pädagogischen Theoriebildung und der bildungspolitischen Diskussion kennzeichnet der Begriff Berufsbildung eine *bestimmte Qualität personaler Entwicklung* unter dem Einfluss berufsbezogener Lerninhalte und Lernumwelten. Die Frage nach der Bestimmung und Bewertung dieser Qualität im Vergleich zur „Allgemeinbildung“ ist eng verknüpft mit der Entstehung und Entwicklung des dt. Bildungsbegriffs. Sie hat die Ausformung des Bildungswesens im 19. und frühen 20. Jh. wesentlich bestimmt und war für die heutige dualistische Struktur des Bildungssystems (→ duale Berufsbildung) prägend. Zugleich bietet sie den Anknüpfungspunkt für eine umfassende Kritik an diesem Dualismus, die in der programmatischen Forderung nach „Gleichwertigkeit trotz Andersartigkeit“ von Berufsbildung und „Allgemeinbildung“ zum Ausdruck kommt.

**Berufsbildungsausschuss** – bei der jeweils zuständigen Stelle (i.d.R. Kammern) eingerichtetes Gremium, das die dort zu erlassenden Rechtsvorschriften für die Durchführung der Berufsausbildung beschließt und in allen wichtigen Angelegenheiten der beruflichen Bildung zu unterrichten und zu hören ist. Dem Berufsbildungsausschuss gehören je sechs Beauftragte der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sowie sechs Lehrer an berufsbildenden Schulen (mit beratender Stimme) an. – *Rechtsgrundlage*: §§ 77 ff. BBiG. – In der Handwerksordnung als Gesellenprüfungsausschuss bezeichnet.

**Berufsbildungsbericht** – zentrales Steuerungsinstrument im Rahmen der Berufsbildungsförderung. §86 BBiG verpflichtet das Bundesministerium für Bildung und Forschung, die Entwicklung der Berufsbildung kontinuierlich zu beobachten und bis zum 1.4. jeden Jahres an die Bundesregierung Bericht zu erstatten. Der Berufsbildungsbericht wird vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) erstellt. Er soll



den Stand und die voraussichtliche Weiterentwicklung des Ausbildungsplatzangebotes der kommenden Jahre darstellen und bei einer Gefährdung der Sicherheit eines regional und sektoral ausgewogenen Angebots Vorschläge für deren Behebung unterbreiten. Der Berufsbildungsbericht soll daher zwei Teile haben: a) für das zurückliegende Jahr Angaben (1) zur Zahl der neu-abgeschlossenen und der noch bestehenden Berufsausbildungsverträge, (2) zur Zahl der unbesetzt gebliebenen Ausbildungsplätze sowie (3) zur Zahl der nicht vermittelten Ausbildungsplätze suchenden Personen. (b) Für das laufende Jahr Einschätzungen (1) zur erwarteten Zahl der Ausbildungsplätze suchenden Personen und (2) zum erwarteten Angebot an Ausbildungsplätzen. Stichtag ist jeweils der Wechsel des Ausbildungsjahres zwischen dem 30.09. und dem 01.10.

**Berufsbildungsgesetz (BBiG)** – Gesetz vom 23.3.2005 (BGBl. I 931) m.spät.Änd. und zahlreichen Verordnungen zur Ausbildung bestimmter Berufe, regelt → Berufsausbildung, → berufliche Fortbildung und berufliche Umschulung. – *Ausgenommen:* (1) Berufsbildung in den berufsbildenden Schulen, die den Schulgesetzen der Länder untersteht; (2) Berufsbildung in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis und auf Kauffahrteischiffen, soweit es sich nicht um Schiffe der kleinen Hochseefischerei oder der Küstenfischerei handelt. – Für die Berufsbildung im Handwerk gilt z.T. das Berufsbildungsgesetz (z.B. Vorschriften über den Berufsausbildungsvertrag), z.T. die Handwerksordnung (HandwO), die weitgehend dem Berufsbildungsgesetz angepasst ist.

**Berufsbildungspass** – vom Bundesausschuss für Berufsbildung durch Beschluss vom 25.10.1974 empfohlener Pass, der den Inhaber in die Lage versetzt, seine Bemühungen auf dem Sektor der beruflichen Weiterbildung übersichtlich und vollständig zu dokumentieren. Eintragung auf Wunsch des Teilnehmers durch den Veranstalter. Die Funktionen des Berufsbildungspasses scheinen vor dem Hintergrund des lebenslangen Lernens und unterschiedlich verwertbarer Zertifikate in Zukunft immer wichtiger zu werden.

**Berufsbildungssystem** – 1. *Begriff/Grundstruktur:* Unter institutionell-organisatorischem Aspekt umfasst das Berufsbildungssystem alle öffentlichen und privaten Einrichtungen von Bildungsmaßnahmen, die direkt oder indirekt an einer beruflichen Qualifizierung beteiligt sind. Die Qualifizierungsmaßnahmen zielen auf das Erreichen beruflicher Abschlüsse auf verschiedenen Stufen mit den entsprechenden formalen Berechtigungen. Daneben geht es um die Ausbildung je kurzfristigen, tätigkeitsbezogenen Anpassung (Flexibilität) sowie einer beruflichen Beweglichkeit (Mobilität). Die Qualifizierungsmaßnahmen beziehen sich dabei auf stufenweise fortschreitend aufgebaute vorberufliche Bildung, Vorbereitung auf eine Ausbildung bzw.

berufliche Tätigkeit, berufliche Erstausbildung (diese besitzt innerhalb der dualen Berufsbildung den quantitativ größten Stellenwert), Vermittlung von Studienzugangsberechtigungen, gehobene Berufsbildung (→ berufliche Weiterbildung, → berufliche Fortbildung, berufliche Umschulung). – 2. *Träger der Einrichtungen des Berufsbildungssystems* sind in den meisten Fällen öffentliche oder private Schulen, Betriebe, überbetriebliche Einrichtungen, Fortbildungszentren, Rehabilitationszentren, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften etc. – 3. *Zentrale rechtliche Grundlage* des Berufsbildungssystems ist das → Berufsbildungsgesetz (BBiG) vom 23.3.2005 m.spät.Änd. Nach § 1 I BBiG umfasst die Berufsbildung die „Berufsausbildungsvorbereitung, die Berufsausbildung, die berufliche Fortbildung und die berufliche Umschulung“; in der Praxis hat sich das Berufsbildungssystem jedoch wesentlich vielschichtiger entwickelt. In Bezug auf die Berufsausbildung gibt es neben dem Jugendarbeitsschutzgesetz noch andere Gesetze, die ausdrücklich die Rechte der Auszubildenden in ihren Regelungsbereich einbeziehen, z.B. Bundesurlaubsgesetz, Tarifvertrags-, Betriebsverfassungs-, Bundespersonalvertretungs- und Kündigungsschutzgesetz. Für die Berufsausbildung gilt neben dem Berufsbildungsgesetz die Handwerksordnung (HandwO). – 4. *Problemfelder:* Nachdem in den letzten Jahren eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der beruflichen Bildung durchgeführt wurden (u.a. Ausbau des → Berufsgrundbildungsjahres, Schaffung gestufter → Ausbildungsordnungen, Modellversuche zur Ausbildung von Mädchen in gewerblich-technischen Berufen), werden heute von Berufspädagogik und Bildungspolitik folgende Problemfelder innerhalb des Berufsbildungssystems hervorgehoben: schrittweise Herstellung der Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung (→ Berufsbildung); Stärkung und Anpassung der Berufsschule an neue Berufsbildungs- und Arbeitsmarkterfordernisse; Weiterentwicklung der Ausbildungsordnungen; Verbesserung der Abstimmung zwischen betrieblicher und schulischer Ausbildung; Integration neuer Informations- und Kommunikationstechniken in die berufliche Ausbildung; Ausbau der beruflichen Weiterbildung; Förderung der Berufsausbildung von benachteiligten Jugendlichen (Mädchen, behinderte Menschen, Ausländer); kontinuierliche fachliche und pädagogische Qualifizierung der Ausbilder. Überlagert werden diese qualitativen Probleme bes. in strukturschwachen Regionen durch den anhaltenden Mangel an qualifizierten Ausbildungsplätzen.

**berufsfachlicher Teilarbeitsmarkt** → Arbeitsmarkttheorien.

**Berufsfachschule** – Schule mit Vollzeitunterricht von mind. einjähriger Dauer, für deren Besuch keine Berufsausbildung oder berufliche Tätigkeit vorausgesetzt wird. Sie hat die Aufgabe, allg. und fachliche Inhalte zu vermitteln und den Schüler zu befähigen, den Abschluss in einem → anerkannten

Ausbildungsberuf zu erlangen, einen Teil der Berufsausbildung in einem oder mehreren anerkannten Ausbildungsbereufen zu ersetzen oder ihn zu einem Berufsausbildungsabschluss zu führen, der nur in Schulen erworben werden kann. – Als *Zugangsvoraussetzung* gilt i.d.R. das Abschlusszeugnis der Hauptschule. Je nach schulartenspezifischen Anforderungen können jedoch auch Realschulabschluss bzw. Reifezeugnis verlangt werden. – *Berechtigungen/Abchlüsse*: Je nach Dauer der Ausbildung wird durch den Besuch der Berufsfachschule die Berufsschulpflicht erfüllt bzw. verkürzt. Die zweijährigen Berufsfachschulen führen zu einem mittleren Bildungsabschluss als Eingangsvoraussetzung für weiterführende Bildungsgänge (→ Fachoberschule, → Fachschule, → Fachgymnasium).

**Berufsfeld** – zusammenfassende Bezeichnung für eine Gruppe inhaltlich oder funktional verwandter (Ausbildungs-)Berufe. Die Berufsfeldschneidung erfolgte unter stark pragmatischen Gesichtspunkten im Zusammenhang mit der Einführung des → Berufsgrundbildungsjahres. Zz. werden 13 Berufsfelder unterschieden: Wirtschaft und Verwaltung; Metalltechnik; Elektrotechnik; Bautechnik; Holztechnik; Textiltechnik und Bekleidung; Chemie, Physik, Biologie; Drucktechnik; Farbtechnik und Raumgestaltung; Gesundheit; Körperpflege; Ernährung und Hauswirtschaft; Agrarwirtschaft.

**Berufsgenossenschaft** – 1. *Begriff*: Träger der gesetzlich → Unfallversicherung (§§ 114 ff. SGB VII). Verbände in der Form von öffentlich-rechtlichen Körperschaften mit Selbstverwaltung, mit Zwangsmitgliedschaft für die Unternehmen. Finanzierung über Mitgliederbeiträge. – 2. *Arten*: Berufsgenossenschaften für Metall, Bergbau, Steine und Erden, Gas und Wasser, Chemie, Holz- und Schnitzstoffe, Druck und Papier, Textil und Leder, Nahrungs- und Genussmittel, Bau, Seeschifffahrt, Handel und Dienstleistungen, Verkehr und Gesundheitsdienst, Landwirtschaft sowie die Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand. – 3. *Mitgliedschaft*: Pflichtmitglieder sind die Unternehmer der jeweiligen Berufsgruppen, deren Unternehmen ihren Sitz im örtlichen Zuständigkeitsbereich der Berufsgenossenschaft haben. Die Mitgliedschaft beginnt mit Eröffnung des Unternehmens oder Aufnahme der vorbereitenden Arbeiten. Gegenstand und Art des Unternehmens sind der Berufsgenossenschaft anzuzeigen, die im Unternehmen Beschäftigten sind darüber zu unterrichten, welcher Berufsgenossenschaft das Unternehmen angehört. – 4. *Aufgaben*: Unfallversicherung und Unfallverhütung. Bei vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Verletzung der Unfallverhütungsvorschriften stehen der Berufsgenossenschaft Sanktionsmittel zu, die von Geldstrafen bis zur Stilllegung von Maschinen und Anlagen reichen. – 5. *Verfassung*: Die Berufsgenossenschaften geben sich eine Satzung, die von der Vertreterversammlung beschlossen wird und u.a. Bestimmungen treffen muss über Sitz,

Vertretung, Form der Willenserklärung, Aufstellung des Haushaltsplans. Die Satzung und ihre Änderungen bedürfen der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde. – 6. *Aufsichtsbehörde*: Bundesversicherungsamt für bundesunmittelbare Berufsgenossenschaften, Landesbehörden für landesunmittelbare Berufsgenossenschaften. – 7. *Dachverbände*: (1) gewerbliche Berufsgenossenschaften, (2) landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften im Gesamtverband der deutschen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften. – 8. Neben den Berufsgenossenschaften werden noch der Bund, die Länder, die Gemeinden und Gemeindeverbände als Versicherungsträger tätig (Gemeindeunfallversicherungverband).

**Berufsgrundbildungsjahr (BGJ)** – 1. *Begriff*: Organisationsform der Grundstufe der → Berufsausbildung, in der eine berufliche Grundbildung auf Berufsfeldbreite (→ Berufsfeld) vermittelt wird und zugleich die allg. Fächer der Sekundarstufe I fortgeführt werden. Es ist für Ausbildungsbereufe, die dem Berufsfeld zugeordnet sind, Grundlage einer folgenden Fachbildung. Das Berufsgrundbildungsjahr dauert ein Jahr und wird in einigen Bundesländern und einigen Berufsfeldern in beruflichen Vollzeitschulen oder in der dualen Berufsbildung durchgeführt. – 2. *Ziele*: (1) Erhöhung der beruflichen Mobilität und Flexibilität durch Entspezialisierung; (2) Hinausschieben der speziellen Berufswahl durch gesteuerte Berufswahlentscheidung; (3) Systematisierung und Pädagogisierung durch produktionsunabhängige Grundbildung; (4) Ausgleich qualitativer und quantitativer Schwankungen im Ausbildungsplatzangebot; (5) bessere Verknüpfung von theoretischem und praktischem Lernen. – 3. *Organisation/Curriculum*: Grundlage des Berufsgrundbildungsjahrs ist die Gruppierung von Ausbildungsberufen zu einigen Berufsfeldern sowie eine weitere Schwerpunktbildung innerhalb von Berufsfeldern. Der Unterricht umfasst einen berufsfeldübergreifenden und einen berufsfeldbezogenen – fachtheoretischen und fachpraktischen – Lernbereich; im zweiten Ausbildungshalbjahr erfolgt ggf. eine Spezialisierung innerhalb der Berufsfeldschwerpunkte. Die Rahmenlehrpläne für den berufsfeldbezogenen Bereich werden von der Kultusministerkonferenz in Abstimmung mit der Bundesregierung erarbeitet. – 4. *Anrechnung*: Der erfolgreiche Besuch des Berufsgrundbildungsjahres wird: (1) mit einem Jahr auf die Ausbildungszeit angerechnet, wenn der gewählte Ausbildungsberuf dem Berufsfeld und ggf. dem Schwerpunkt innerhalb des Berufsfeldes zugeordnet ist, in dem das Berufsgrundbildungsjahr durchgeführt wurde; (2) mit einem halben Jahr angerechnet, wenn der Ausbildungsberuf innerhalb des entsprechenden Berufsfeldes, jedoch außerhalb des jeweiligen Schwerpunktes angesiedelt ist.

**Berufskolleg** – Schulform in einigen Bundesländern, die in ein bis drei Jahren zu einer beruflichen Erstqualifikation und bei mind. zweijähriger Dauer unter bes. Voraussetzungen zur Fachhochschulreife

Kompakt-Lexikon Wirtschaftspolitik

3.200 Begriffe nachschlagen, verstehen, anwenden

Springer Fachmedien Wiesbaden (Hrsg.)

2013, X, 472 S. 1 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-03036-0